



Schwarz traf Sinner

Konstruktives Gespräch in der Staatskanzlei

Während seiner Amtszeit als Bayerischer Gesundheitsminister hatte Eberhard Sinner bereits engen Kontakt mit der Bayerischen Landeszahnärztekammer (BLZK). Im Bereich Zahnheilkunde galt sein Interesse vor allem dem Thema „Prävention“; so war sein Besuch anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit mehr als nur ein „Pflichttermin“.

In seiner Amtszeit als Europaminister gab es erneut Kontakte zwischen der BLZK und Eberhard Sinner. Dieses Mal ging es vor allem um das Thema Dienstleistungsfreiheit und Berufsanerkennung in Europa. Stets zeigte der Minister ein offenes Ohr und nahm sich viel Zeit für die Gespräche. So verwunderte es nicht, dass Eberhard Sinner wenige Wochen nach dem Wechsel in die Bayerische Staatskanzlei den Präsidenten der Bayerischen Landeszahnärztekammer erneut zum Gespräch einlud. Thema war diesmal vor allem die Deregulierung, für die sich Staatsminister Sinner ins Zeug legen will. Ausgehend von den Bemühungen um Entbürokratisierung in den Niederlanden, will auch die Bayerische Staatsregierung bei der Entbürokratisierung Zeichen setzen. Bereits vor drei Jahren hat im Auftrag der Staatsregierung eine eigens hierzu eingesetzte Kommission Vorschläge gemacht.

Gesundheit braucht Wachstumsimpulse

Präsident Michael Schwarz lenkte das Augenmerk von Staatsminister Sinner insbesondere auf den Bereich Arbeitsschutz. Ähnlich wie beim Bundesdatenschutzgesetz sollte nach seiner Auffassung die Staatsregierung eine Initiative im Deutschen Bundesrat ergreifen, um Mittelstand und Freie Berufe von den gesetzlichen Vorgaben zu entlasten. Schwarz verwies in diesem Zusammenhang auf das seit zehn Jahren erfolgreich angewandte Präventionsmodell der Bayerischen Landes-



Foto: BLZK

Präsident Michael Schwarz mit Staatsminister Eberhard Sinner bei seinem Besuch in der Staatskanzlei.

zahnärztekammer, das die Verantwortung für den Arbeitsschutz dort belasse, wo sie hingehöre, nämlich in der Praxis.

Weiteres Thema des einstündigen Gespräches war die von der Großen Koalition in Berlin angekündigte Gesundheitsreform. Dabei waren sich beide Gesprächspartner einig, dass nur durch Stärkung der Eigenverantwortung und durch mehr Transparenz die Kostenentwicklung beherrschbar bleibe. Einigkeit bestand auch darin, dass Bayern als Gesundheitsstandort Nr. 1 in Deutschland über hervorragende medizinische Dienstleistungsangebote sowohl im ambulanten wie auch im stationären Raum verfüge. Die Wachstumsimpulse, die vom Gesundheitsmarkt ausgehen, können auch zu mehr Beschäftigung führen. Umso wichtiger, dass die Politik endlich Rahmenbedingungen schafft, die auf Innovation und medizinischen Fortschritt setzen und nicht auf Reglementierung und Budgetierung, so Kammerpräsident Michael Schwarz zum Abschluss des Gespräches.

Peter Knüpper,
Hauptgeschäftsführer der BLZK